

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 40	S0504/21	04.01.2022
zum/zur		
F0308/21 Fraktion DIE LINKE Stadträtin Anke Jäger		
Bezeichnung		
Digitalpakt Schulen		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	25.01.2022	

Am 20.02.2020 hat der Stadtrat im Grundsatzbeschluss (DS0581/19) zur Umsetzung des Digitalpaktes unter Punkt 3 beschlossen, dass **prioritär** Open-Source-Angebote als gemeinsame Server- und Dienstleistungslösungen zum Einsatz kommen. Die Verwendung von Open-Source Produkten ermöglicht viele individuelle und datenschutzkonformere Lösungen und ist deshalb generell zu begrüßen.

Allerdings bergen die Umstellung und der Einsatz auch Hürden, den die Stadtverwaltung laut Bericht im Wirtschaftsausschuss vom 25.11.2021 aus Effektivitätsgründen selbst scheut.

In diesem Zusammenhang stelle ich hinsichtlich der **prioritären Einführung** bei den Schulen folgende Fragen:

1. Wie werden die Schulen bei der Einarbeitung in die Open-Source-Anwendungen unterstützt?
2. Unterstützt die KID als bekannter Servicepartner die Neueinrichtung und dauerhafte Betreuung oder werden andere Firmen **dauerhaft** beauftragt?
3. Wie wird mit pädagogisch relevanter Software umgegangen, wenn diese „Windows“-Unterstützung bedarf?
4. Wie wird mit dem funktionierenden „Altbestand“ umgegangen? Werden bestehende Serversysteme für einen Übergangszeitraum weiter unterstützt?
 - a. Wenn ja, wie lange ist dies geplant?
 - b. Werden benötigte Lizenzen in diesem Zeitraum verlängert?
 - c. Erfolgt insofern weiterhin eine Betreuung durch die KID?

Die Stadtverwaltung nimmt wie folgt Stellung:

1. Wie werden die Schulen bei der Einarbeitung in die Open-Source-Anwendungen unterstützt?

Im Bereich der Digitalisierung der Schulen wurde in den vergangenen Monaten vieles angeschoben, einiges auch schon realisiert. Nach wie vor gibt es allerdings einen großen Entwicklungsbedarf. Das betrifft die Voraussetzungen (Glasfaseranschlüsse, Vernetzungen, Anzeige- und Endgeräte), aber auch die Medien- und Digitalkompetenz in den Schulen.

Nicht selten „beraten“ Vertriebsmitarbeitende von Hard- und Software verschiedener Hersteller und Dienstleister in den Schulen mit Verkaufsinteresse. Oftmals kennen Schulen sinnvollere, wirtschaftliche Alternativen nicht und es werden auch keine Alternativen ausprobiert. So sind in den letzten Jahren bspw. Vorlieben einzelner Lehrkräfte und Schulleitender für bestimmte Anbieter/Programme entstanden. Unstrittig funktionieren diese mit Lizenzgebühren laufenden Programme im Schulalltag, trotzdem sollten gute Verkaufsstrategien von Unternehmen nicht handlungsleitend für eine nachhaltige IT-Ausstattung der Schulen sein.

Vielmehr geht es als Zielstellung darum, die konkreten Anforderungen der Schulen an Text-, Audio-, Video- und Bildbearbeitung als auch interaktives, eigenverantwortliches, differenziertes und kollaboratives Lernen in einer nachhaltigen, bildungsgerechten, von Herstellern unabhängigen und wirtschaftlichen IT-Ausstattungsstrategie umzusetzen. Das ist ein Prozess, der beständige Rahmenbedingungen und auch Zeit benötigt.

Die Umsetzung einer nachhaltigen Ausstattungsstrategie mit OpenSource wird durch den FB 40 begleitet durch:

- Beratungsgespräche in den Schulen über Projektmanagement und Medienpädagogen
- den Aufbau des Bildungsportals in Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität bildungsportal.magdeburg.de mit einem Ausstattungskompass
- durch Schulungen in den Schulen
- durch Abstimmungen mit Verlagen in Bezug auf die Nutzung von Verlagssoftware
- über Online-Schulungen
- über Projekte direkt mit Schülerinnen und Schülern mit OpenSource-Infrastrukturen wie bspw. GreenScreen-Projekttag
- über einen Newsletter mit Hinweisen zur Nutzung von freien Bildungsinhalten vom Bund, von den Ländern und von Organisationen (OER) und browserbasierten Lernmaterialien

Dort, wo dies schon sinnvoll ist, werden aktuell digitale Anzeigegeräte beschafft und auf Endgeräten ein sogenanntes Open-Source-Image für entsprechende Schulformen installiert, in dem deutlich mehr pädagogische Anwendungen vorzufinden sind als bisher ausgeliefert wurden. In den Browser werden Unterrichtswerkzeuge für Lehrkräfte im Lehrer-Account hinterlegt und bei den Schülerzugängen sind im Browser bereits pädagogische Plattformen zu finden. Schulen werden nach einer Installation auch geschult. Perspektivisch sollen OpenSource-Schulserver zum Einsatz kommen, die derzeit an vier Schulen in Betrieb genommen werden.

2. Unterstützt die KID als bekannter Servicepartner die Neueinrichtung und dauerhafte Betreuung oder werden andere Firmen dauerhaft beauftragt?

Die KID unterstützt aktuell weiterhin das so genannte Verwaltungsnetz der Schulen. Hier ist derzeit keine Open-Source-Lösung geplant, da seitens des Landes parallel das cloudbasierte Bildungsmanagementsystem (BMS) entwickelt wird. Alle Schulsekretariate der kommunalen Grundschulen Magdeburgs haben im vergangenen Schuljahr hierzu erfolgreich eine Pilotphase absolviert. Auch für die weiterführenden Schulen laufen Entwicklungen. Es ist davon auszugehen, dass das BMS zukünftig das Verwaltungsnetzwerk ersetzen wird.

Im pädagogischen Bereich verfolgt die Stadt die Open-Source-Strategie und hat selbstverständlich hierzu auch Gespräche mit der KID geführt. Die KID hat aktuell keine Expertise im Bereich OpenSource-IT-Infrastrukturen, will sich in diesem Bereich aber weiterentwickeln.

Zielstellung der Verwaltung ist es, mit dem bereits aufgestockten Personal und den in Ausschreibung befindlichen Administratoren möglichst vieles selbst zu übernehmen und insbesondere auch die Schulen zu befähigen, eigenverantwortlich in eine Digitalisierungsstrategie zu gehen. Darüber hinaus werden Dienstleister, die Erfahrungen im Bereich der Schul-IT und bei Open-Source-Lösungen haben, hinzugezogen. Das betrifft insbesondere aktuell die Implementierung von OpenSource-Schulserverlösungen, wo Ausschreibungen durch die Verwaltung vorbereitet werden.

3. Wie wird mit pädagogisch relevanter Software umgegangen, wenn diese „Windows“-Unterstützung bedarf?

Aus Sicht der Verwaltung ist es keine Alternative, nicht auf OpenSource zu setzen. Wenn eine lehrplangerechte IT-Ausstattung gewollt ist, sind die Lizenzkosten und die mit dieser IT-Infrastruktur verbundenen Wartungs- und Supportkosten als auch die Hardwarekosten nicht bezahlbar für eine gerechte Ausstattung von 67 Schulstandorten. Mit Linux kann auch vergleichsweise ältere Hardware viel länger genutzt werden. Außerdem lernen die Kinder in Schulen mit Software, die sie zu Hause ohne hohe Kosten selbst nutzen können (Bildungsgerechtigkeit). Auch das Thema digitale Souveränität der Landeshauptstadt wäre hier zu nennen.

Software, die nur auf einem Betriebssystem läuft, ist nicht zeitgemäß – hier raten die Medienpädagogen des FB 40 zur Nutzung von Online-Lizenzen und damit browserbasierten Anwendungen unabhängig vom Betriebssystem und vom Endgerät. Das ist auch im Hinblick darauf, dass künftig ja auch eigene Endgeräte zugelassen werden sollen, eine sinnvolle Strategie. Hinzu kommen Beratungen zu gleichwertigen Programmen im OpenSource Bereich.

Derzeit erfolgt ein reger Austausch zwischen Verwaltung und Schulen sowie den zuständigen Stellen am LISA. Aus den Gesprächen gewonnene Erkenntnisse fließen einerseits in die Arbeit der Schulen, aber natürlich auch in die Ausstattungsstrategie der Verwaltung ein. Das ist ein Prozess, der das Ziel verfolgt, die beste Lösung für die jeweilige Schule zu suchen und zu finden.

Schulen werden absehbar abgestufte Adminrechte auf den Schulservern bekommen und haben damit auch mehr Möglichkeiten, eigenverantwortlich zu agieren – so gewünscht. Ziel ist eine nachhaltige Ausstattungsstrategie: bildungsgerecht, wirtschaftlich, praxistauglich, auf dem pädagogisch-didaktischen und technischen Niveau der Zeit.

4. Wie wird mit dem funktionierenden „Altbestand“ umgegangen? Werden bestehende Serversysteme für einen Übergangszeitraum weiter unterstützt?

Die Verwaltung vertritt eine sofortige Austrittsstrategie und hat bei der KID alle Lizenzen gekündigt. Jedes Gerät, das auf einen Windows-Server zugreift, kostet Client Access Lizenzen, bei Linux-Servern entstehen keine Kosten. Hinzu kommen für die Clients Lizenzen für Betriebssystem und FWU als auch Lizenzen für proprietärer Sicherheitskomponenten. Eine IT-Infrastruktur ist ein komplexes Ineinandergreifen verschiedener Komponenten, die abgestimmt aufeinander nur mit offenen Standards funktionieren.

Bei Lizenzlaufzeiten von bis zu 4 Jahren sind Übergangszeiträume allerdings nicht zu vermeiden. Auch die Begleitung und Beratung der Schulen und die Umsetzung des Digitalpaktes und damit die Schaffung der sächlichen Voraussetzungen braucht Zeit.

Bestandsschutz verfolgt die Verwaltung nicht auf der Ebene von Software und Lizenzen, sondern im Rahmen der Nachhaltigkeit, da die Hardware mit Linux weiter und teilweise auch länger genutzt werden kann (Server, Endgeräte).

- a. Wenn ja, wie lange ist dies geplant?

Der jeweilige Übergangszeitraum steht in Abhängigkeit zu den Restlaufzeiten der Verträge und auch zu dem Zeitpunkt der Umsetzung der Maßnahmen des Digitalpaktes am konkreten Schulstandort.

b. Werden benötigte Lizenzen in diesem Zeitraum verlängert?

Die Verwaltung möchte im pädagogischen Bereich aus benannten Gründen weitestgehend auf Lizenzverlängerungen verzichten.

c. Erfolgt insofern weiterhin eine Betreuung durch die KID?

Eine Betreuung der KID erfolgt nach Auslaufen der Verträge zukünftig nur im Verwaltungsbereich. Im pädagogischen Bereich ist die Verwaltung abgeschlossen, wenn die KID Expertise im Bereich OpenSource-IT-Infrastrukturen aufbaut.

Stieler-Hinz